

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Erbblatt und Anzeiger).

Druckerei:
Tageblatt-Rieser,
General Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Gengenbach, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamtes Rieser und des Hauptzollamtes Weihen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto:
Dresden 1580,
Stroßhof:
Rieser Nr. 22.

Nr. 234.

Mittwoch, 5. Oktober 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2,14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preis-erhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Befüllungsart: Rieser. Achtstellige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Vom Kriegsschauplatz der Kontingente.

Die überraschend schnelle Regelung der Kontingentsfrage in Belgien hat die gefährliche Wirkung gehabt, daß man sich über den weiteren Verlauf der Dinge optimistischen Hoffnungen hingab. Sogleich entstand eine falsche Bewertung der Verhältnisse, und damit die Gefahr, daß man das Verhalten der übrigen Staaten gegenüber den deutschen Kontingentforderungen nicht richtig einschätzen würde. Es ist notwendig, sich zu vergegenwärtigen, daß die belgische Lebensmittelausfuhr nach Deutschland in den ersten sieben Monaten des Jahres 1932 nur ca. 15 Millionen RM. betrug, wovon anteilmäßig für die letzten beiden Monate des Jahres 1932 nun auf Grund der Vereinbarungen mit der deutschen Kontingentskommission ca. 50 Prozent ausfallen werden. Dabei ist noch zu bedenken, daß die Hauptkategorie der belgischen Lebensmittelausfuhr nach Deutschland vorüber ist. Der Ausfall den Belgien ausfuhr erleidet, ist also nicht sehr erheblich.

Aus der Tatsache, daß die holländische Lebensmittelausfuhr nach Deutschland in den ersten sieben Monaten des Jahres rund 90 Millionen RM. betrug, und daß die holländische Lebensmittelausfuhr bei weitem nicht in dem Maße, wie die belgische, Schwankungen unterliegt, ergibt sich ohne weiteres, daß die ablehnendere Haltung Hollands gegenüber den deutschen Vorschlägen keineswegs auf eine grundsätzliche unfreundlichere Haltung, sondern ganz einfach auf sehr nahegelegene wirtschaftliche Erwägungen zurückzuführen ist. Trotz ihrer starken Stellung auf dem europäischen Markt leidet die holländische Landwirtschaft ganz besonders schwer unter den Folgen der Krise, da ihr Produktionsapparat durchaus eingestellt ist auf die Ausnutzung seiner erheblichen, auf die Konjunktur glücklicher Jahre zugeschnittenen Leistungsfähigkeit.

In Italien endlich hat man sich kurzerhand zur Erklärung des Handelskrieges gegen Deutschland entschlossen. Zwar handelt es sich bei dem italienischen Devisen-Sperremaßnahmen formal nur um einen Zahlungskrieg, der aber praktisch nichts anderes bedeutet, als einen Handelskrieg, denn die Sperre über die für die ordnungsmäßige Abwicklung der Handelsbeziehungen erforderlichen Devisen legt natürlich die Handelsbeziehungen vorläufig ziemlich weitgehend still. Dieses Verhalten Italiens ist ein höchst lehrreicher Beitrag zu dem Kapitel der politischen und wirtschaftspolitischen Urteilsbildung überhaupt. Es ist ein deutliches Nationalitäts, politische Entschlossenheit eines fremden Staates nicht nach ihren sozialen Motiven und Entfaltungsgesetzen zu beurteilen, sondern sie mit einer — um einen Ausdruck aus der Psychologie zu verwenden — höchst merkwürdigen Abgeschlossenheit zu bewerten. So wird man die, welche angesichts der sonst in letzter Zeit so freundlichen Haltung Italiens Deutschland gegenüber vielleicht bitter enttäuscht sind, über den plötzlichen Ausbruch dieses deutsch-italienischen Handelskrieges zur Einsicht bringen müssen, daß Italien sich bei diesen neuen wirtschaftspolitischen Maßnahmen weder von unfreundlichen oder gar feindseligen Erwägungen gegenüber Deutschland leiten ließ, sondern einzig und allein von pflichtgemäßem Rücksicht auf die eigene Wirtschaft.

Betrachtet man die Mission der deutschen Kontingentskommission im Lichte der gesamtwirtschaftlichen Lage, so wird man angesichts der zahllosen und nun bereits in gewisser Weise bestätigten Warnungen weiter deutscher Wirtschaftskreise vor der Kontingentspolitik der Reichsregierung das Vorgehen Italiens gar nicht einmal so sehr bedauerlich finden. Es ist ein Warnungsschuss, der vielleicht noch zur rechten Zeit abgegeben wurde, denn er beweist nun unübersehbar, daß die auf den Kontingentsentscheidungen aufgebauete Rechnung falsch war, daß die Verläufe, die der deutschen Gesamtwirtschaft aus einer intransigenten Durchsetzung der Kontingentspläne der Reichsregierung drohen, aller Wahrscheinlichkeit nach erheblich früher und mit Sicherheit dauernder sein werden, als die errechneten Gewinne für die deutsche bäuerliche Veredelungswirtschaft.

Die Parole der Reichsregierung: Mut zum Handeln! ist sicherlich beherzigenswert und es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der von ihr schon ausgiebig bewiesene Mut zum Handeln für viele Sympathien skeptischer Gemüter gewonnen hat. Aber diese Parole muß, wenn sie sinnvoll sein soll, auch den Mut zur raschen Vornahme als notwendig erkannter Korrekturen einschließen. Es scheint, als ob der Augenblick gekommen wäre, wo es an der Zeit ist, daß die Regierung einmal auch diese Art von Mut beweist!

Scholz soll die Rundfunkumstellung beschleunigen.

* Berlin. Am Dienstag abend wurde folgende amtliche Bekanntmachung ausgegeben: Die von der Presse bereits gemeldete Unterredung zwischen dem Reichsminister und dem Reichsrundfunkkommissar Scholz hat das Ergebnis gehabt, daß der Reichsminister von dem Minister erlucht wurde, die Umstellung des Rundfunkwesens, soweit sie zur Zuständigkeit des Kommissars des Reichsministers gehört, beschleunigt weiterzuführen, um den bisher unvermeidlichen Zwischenzustand mit seinen Begleiterscheinungen abzuklären.

Diese Bekanntmachung läßt die Vermutung offen, daß die Funktion von Dr. Scholz als Reichsrundfunkkommissar in die Aufgabe der Umstellung des Rundfunkwesens gebunden ist, so daß also nach Beendigung dieser Aufgabe auch diese Funktion als solche erlöschen würde.

Der Dank des Reichspräsidenten. Mahnruf zur Einigkeit.

11 Berlin. Die Ansprache, die der Herr Reichspräsident gestern als Dank für die ihm entgegengebrachten Glückwünsche und erwieinten Aufmerksamkeit im Rundfunk hielt, hat folgenden Wortlaut:

„Zur Vollendung des 85. Lebensjahres sind mir aus allen Teilen des Reiches und auch von den Deutschen jenseits unserer Grenzen zahlreiche Glückwünsche zugegangen. All diese Grüße und Gaben von groß und klein, von reich und arm haben mich tief gerührt. Ich habe diese vielen Zeilen persönlichen Gedankens zugleich als Beweis treuer vaterländischer Gesinnung und Verbundenheit kennzeichnet. Mit besonderer Befriedigung habe ich auch davon Kenntnis erhalten, daß der Ruf der Hindenburgspende, die meinen alten kriegsbeschädigten Kameraden und ihren Hinterbliebenen in Fülle der Not bisher so segensreich geholfen hat, guten Widerhall gefunden und neue Mittel zu diesem Zweck erbracht hat. So danke ich denn heute von ganzem Herzen allen, die meiner Gedacht, die in meinem Sinne vielen Bedürftigen Hilfe gebracht und die mich durch das Gelübnis

treuer Mitarbeit am Wiederaufbau des Vaterlandes erheit haben.

Wir stehen vor schweren Aufgaben. Nach außen ringen wir um unsere Freiheit und unser Recht, im Innern um Arbeit und Brot. Nach wie vor wird es mein Ziel sein, als gerechter Sachwalter des gesamten Volkes über den Parteien stehend alle Deutschen hierfür zusammenzuschließen. Ich habe dabei auf den gesunden Sinn des deutschen Volkes, dessen Geschichte lehrt, daß es sich auch in früheren Zeiten der Not und Gefahr einig hinter eine starke und vom nationalen Willen befehlte Führung gestellt hat. Es geht nicht um die Anschauungen und Wünsche von Personen, Gruppen und Parteien, es geht um das Vaterland, es geht um Deutschlands Zukunft! Dieser zu dienen, für sie Opfer zu bringen, muß der Wille jedes deutschen Mannes, jeder deutschen Frau sein! Wer in dieser Erkenntnis zu mir steht und hilft, hat mir die beste Geburtsstunde bereitet. In diesem Sinne:

Vorwärts mit Gott!

Finanzlage des Reiches noch ungeklärt.

11 Berlin. Der von der Länderkonferenz eingeleitete Erparnisauflösung hat verschiedene Stimmungen abgeleitet und wird keine Arbeiten auch noch fortsetzen. Die Anregungen, die sich dabei ergeben, werden jedoch nicht als Beschlüsse nach außen in Erscheinung treten, sondern solche Erparnismaßnahmen werden zwischen Reich und Ländern eingehend beraten und, wenn sie durchführbar erscheinen, sofort in die Tat umgesetzt werden. Die Reichsregierung legt allerdings auf weitere Erparnisse größten Wert, weil sie unter allen Umständen die Notwendigkeit vermeiden will, neue Einnahmequellen zu erschließen. Diese Notwendigkeit könnte sich angesichts der dauernd rückgängigen Reichseinnahmen schon sehr bald ergeben. Die größte Sorge bereitet die Betreuung der Erwerbslosen und insbesondere der Gemeinden, denen die Arbeitslosen zum großen Teil zur Last fallen.

Der Präsident des Deutschen Städtetages, Dr. Muler, hat kürzlich das Programm seiner Organisation in Weimar entwickelt. Er hat in letzter Zeit auch direkte Verhandlungen mit dem Reichsfinanzminister über dieses Programm gehabt, die gleichfalls noch nicht zum Abschluss gekommen sind. Jedenfalls bereitet die Innehaltung des durch Notverordnung festgestellten Reichshaushalts für das laufende Rechnungsjahr noch große Schwierigkeiten. Bei dieser Ungewissheit ist es selbstverständlich, daß sich der Staatsanwalter für das nächste Jahr noch im Stadium der ersten Vorarbeiten befindet, während er in früheren Jahren um diese Zeit manchmal schon recht weit fortgeschritten war.

Dauernde Belastung der Gemeinden, dagegen Entlastung des Reichs auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge.

Vom Sächsischen Gemeindetag, Dresden-V, 1, wird uns folgendes mitgeteilt:

Trotz der neuen Bestimmungen der Wohlfahrtsdienstverordnung, die entgegen den Vorstellungen der kommunalen Spitzenverbände eine Einschränkung des Personalfreies der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtsdienststellen vorsieht, haben sich die bestehenden Verhältnisse nicht gebessert. Obgleich die Arbeitsämter als Träger der Wohlfahrtsdienstleistungen nur eine sehr niedrige Zahl Wohlfahrtsdienstleistungen gemeldet haben, machen die Wohlfahrtsdienststellen in Sachsen trotzdem noch über 53 v. H. der gesamten unterstufen Arbeitslosen aus. Von den Arbeitsämtern wurden in Sachsen Ende August nur 270 149 oder 34,0 auf 1000 Einwohner und im Reich 2 029 635 oder 32,5 auf 1000 Einwohner Wohlfahrtsdienststellen gezählt. Nach den alten Erhebungsgrundlagen werden aber von den Bezirksfürsorgeverbänden über 310 000 oder 62,0 auf 1000 Einwohner Wohlfahrtsdienststellen betreut. Unter Zugrundelegung dieser Anzahl müßten von den Gemeinden im August 13,06 Mill. Reichsmark für Unterhaltungen ausbezahlt werden. Die Aufwendungen für die Wohlfahrtsdienststellen und Krisenunterstützen betragen im August 14,41 Mill. Reichsmark (60 v. H. mehr als im August 1931), denen nur 8,04 Mill. Reichsmark an Reichshilfe gegenüberstehen.

Während der Aufwand für die Arbeitslosen in der Arbeitslosenversicherung seit Mai bis August in Sachsen von 7,62 Mill. Reichsmark auf 3,57 Mill. Reichsmark und für die Krisenunterstützen von 9,15 Mill. Reichsmark auf 6,53 Mill. Reichsmark dauernd zurückgegangen ist, sind die Aufwendungen für die Wohlfahrtsdienstleistungen in derselben Zeit von 11,66 Mill. Reichsmark auf 13,06 Mill. Reichsmark dauernd gestiegen.

Die Verhandlungen mit Italien.

11 Berlin. Nachdem das mit Italien abgeschlossene Devisen-Abkommen von deutscher Seite gekündigt worden ist, wurde mit Italien eine Vereinbarung getroffen, durch die die Bezahlung der Einfuhr italienischer Weintrauben erleichtert werden sollte. Die italienische Regierung hat gleichwohl mit Wirkung vom 1. Oktober ab eine allgemeine Sperre für die Bezahlung deutscher Warenlieferungen nach Italien verhängt. Vor Erreichung von Gegenmaßnahmen sind bekanntlich zunächst Verhandlungen mit Italien eingeleitet worden, um eine Aufhebung der Zahlungssperre zu erreichen.

Die Sonderkommission, die zu diesem Zweck bereits am Montag nach Rom abgereist ist, besteht aus Vertretern des auswärtigen Amtes, des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsbank. Fast gleichzeitig sollen in Rom die Verhandlungen über die landwirtschaftlichen Kontingente beginnen. Die Kontingentskommission, die zuletzt in Holland verhandelt, ist am Dienstag abend nach Rom abgereist.

Eine Entschließung zur Abrüstungsfrage.

11 Genf. Der Vorstand des Weltverbandes der Völkerbundsligen hat gestern zur Abrüstungsfrage eine bemerkenswerte Entschließung angenommen, in der gesagt wird, daß die Abrüstungskonferenz unbedingt die Pflicht habe, den Grundlag der Gleichheit im gesamten Abrüstungsplan zu wahren. Man dürfe nicht verzeihen, daß jede Abweichung von diesem Grundlag die Gefahr einer Aufrüstung der in den Friedensverträgen entworfenen Staaten zur Folge haben werde.

Die Strafanträge im „Angriff“-Prozess.

Berlin. (Anspruch.) Im Prozess gegen die verantwortlichen Redakteure des „Angriff“ wegen Verleumdung des bisherigen Polizeipräsidenten Dr. Weich und des früheren Polizeipräsidenten Grafen v. Helldorf beantragte heute Oberstaatsanwalt Dr. Burckhardt gegen den verantwortlichen Lokalredakteur Krause eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten und gegen den verantwortlichen politischen Redakteur Dr. Tippert eine Geldstrafe von 1500 Mark.

Glückwünsche des Papstes.

11 Berlin. Seine Heiligkeit Papst Pius XI. hat dem Herrn Reichspräsidenten zu seinem 85. Geburtstag durch den apostolischen Nuntius in Berlin seine besten Glück- und Segenswünsche übermittelt.

Kirchenkrieg in Mexiko

Mexiko, 5. Oktober. Präsident Rodriguez hat entsprechend dem von der Kammer gefassten Beschluß angeordnet, daß der päpstliche Legat, Erzbischof Ruiz y Flores, das mexikanische Staatsgebiet zu verlassen habe.

Wiederaufnahme des Verkehrs in Hamburg

Hamburg, 5. Oktober. Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsgerichts hat dem Streik im Hamburger Verkehrsge- werbe nach dreitägiger Dauer ein schnelles Ende bereitet. Der Verkehr ist wieder aufgenommen worden.